

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686—3696. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preis: am-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: am-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwachselt 15 Pf.] . Nr 168

SONNABEND, 8. APRIL 1933

ABEND-AUSGABE

Das neue Beamten-Gesetz

Im Reichsgesetzblatt verkündet

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das gestern vom Kabinett beschlossen worden ist, wird heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und tritt damit heute in Kraft.

Als Zweck des Gesetzes wird die Wiederherstellung des nationalen Berufsbeamtentums bezeichnet. Unter das Gesetz fallen alle unmittelbare Beamte des Reiches, der Länder, der Gemeinden usw., ferner die Dienstträger der Sozialversicherungen. Nicht ausgeschlossen sind die Richter und die Lehrer an den Hochschulen. Beamte im einstweiligen Aufnahmewerden als Beamte im Sinne des Gesetzes angesehen. Die Reichsbeamten und die Deutsche Reichsbahnangehörigen sind durch Gesetz ermächtigt worden, für ihren Bereich entsprechende Anordnungen zu treffen.

Im dem Gesetz lauten die §§ 2 bis 6 folgendermaßen: „Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtentverhältnis eingetreten sind, ohne für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge befristet. Ein Anspruch auf Wartelohn, Aufwands- oder Hinterbliebenenversorgung und auf Weiterführung der Amtsbezeichnung, des Stils, der Dienstförmlichkeit und der Dienstförmlichkeit besteht ihnen nicht zu.“

Im Falle der Bedürftigkeit kann ihnen, insbesondere wenn sie für mittellose Angehörige sorgen, eine jeberzeit widerrufliche Rente bis zu einem Drittel des jeweiligen Grundbesoldungsbesoldung oder von ihnen zuletzt beibehaltenen Stelle bewilligt werden; eine Wohnversorgung nach Maßgabe der reichsgesetzlichen Sozialversicherung findet nicht statt.

Die Vorschriften der §§ 2 und 3 finden auf Personen der im Abs. 1 bezeichneten Art, die bereits vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Aufnahmewerden sind, entsprechende Anwendung. Beamte, die nicht arbeitsfähig abgemeldet sind, sind in den Aufnahmewerden (§§ 81 ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtverhältnis zu entlassen.

Vorstehendes Absatz gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind, oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich

oder für seine Verbündeten getötet haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Reichsminister oder dem obersten Landesoberbefehlshaber für Beamte im Ausland zulassen.

Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr bieten, daß sie jeberzeit rüchlos für den nationalen Staat eintreten können aus dem Dienste entlassen werden. Auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung werden ihnen ihre bisherigen Bezüge befristet. Von dieser Zeit an erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes und entsprechende Hinterbliebenenversorgung. (§ 8 erfordert schwebende Dienstzeit.)

Jeder Beamte muß sich die Verletzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Rang und planmäßiger Dienstentlohnung — unter Beugung der vorchriftsmäßigen Umzugsregeln — gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert. Bei Verletzung in ein Amt von geringerem Rang und planmäßigem Dienstentlohnung besitzt der Beamte seine bisherige Amtsbezeichnung und das Dienstentlohnung der bisherigen Stelle.

Der Beamte kann an Stelle der Verletzung in ein Amt von geringerem Rang und planmäßigem Dienstentlohnung innerhalb eines Monats die Verletzung in den Aufnahmewerden verlangen.

Zur Verletzung der Vermählung können Beamte in den Aufnahmewerden versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Wenn Beamte aus diesen Gründen in den Aufnahmewerden versetzt werden, so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden.

Von Wichtigkeit ist, daß bei der Berechtigung der Pensionen nur noch die im Dienst am Reich, Ländern und Gemeinden verrichteten Arbeitstätigkeit gelten, daß die Anrechnung anderer Tätigkeiten ausbleibt. Auch für frühere Reichsminister gelten künftig die starken Einschränkungen der Pensionsvorschriften des Reichsministergesetzes. Juviel bezogene Bezüge müssen vom April 1932 ab zurückgezahlt werden. Das Gesetz gilt bis 30. September.

Schließlich sollen die Bestimmungen des neuen Beamtengesetzes füngänglich auf Arbeiter und Angestellte im Reichs-, Staats- und Gemeindebereich angewandt werden.

Der Besuch von Norman Davis

Norman Davis, der heute seine Berliner Besprechungen begonnen hat und am Sonntag oder am Montag morgen nach London zurückkehren wird, ist zur Zeit der einzige Botschafter der Regierung Roosevelt in Europa. Denn für die amerikanischen Posten in den europäischen Hauptstädten sind die neuen Persönlichkeiten zwar bestimmt, aber sie haben ihre Funktionen noch nicht übernommen. Norman Davis führt also seine Gespräche als beauftragter Vertreter des amerikanischen Präsidenten und seine Teilnahme erinnert etwa an die des Obersten Soule unter dem Präsidenten Wilson. Die Besprechungs-Konferenz und die Brückung sind die Gegenstände, welche die Amerikaner besonders interessieren. MacDonald und Herriot gehen nach Washington, im Mittelpunkt ihrer Besprechungen aber wird zweifellos die Schuldenfrage für die Engländer vor allen Dingen der Termin des 15. Juni stehen. Demnach beschäftigt Roosevelt in Washington eine Vorbereitung für die Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, deren Teilnehmerkreis sich nach den neuen Washingtoner Meldungen ständig erweitert. Deutschland wird zweifellos durch seinen neuen Botschafter Dr. Luther vertreten werden, der sich heute nach den Vereinigten Staaten einschiffet.

Als Termin für die Konferenz selbst nennt man jetzt den 1. Juni. Zeitweilens ist immer betont worden, daß die Konferenz so bald wie möglich stattfinden und es wurde auch beauftragt, kein Zweifel darüber zu lassen, daß wir eine Lösung besonders der internationalen finanziellen Fragen von der Konferenz erwarten. Was die Weltwirtschaftskonferenz anbelangt, so ist unser Standpunkt den Amerikanern ja seit vielen Monaten bekannt. Deutschland verlangt, daß die anderen Mächte ihren vertraglichen Verpflichtungen abzurufen nachkommen und sich entschließen, die Konsequenzen zu ziehen, wenn die Weltwirtschaftskonferenz der anderen nicht erfüllt werden.

Schließlich könnte sich als Gesprächsgegenstand ergeben der Währungsfrage, die als Verhandlungsgegenstand, bei dem es sich heute wohl nur noch darum handelt, festzustellen, daß sein geheimer Gehalt an den französischen Währungs- und an den englischen Unentschlossenheit und Abhängigkeit von Paris geklärt ist.

*

Der Reichspräsident empfing am Sonnabend vormittag 11½ Uhr den amerikanischen Botschaftsminister für europäische Angelegenheiten, Norman Davis. Dieser nachmittag um 18 Uhr findet eine Besprechung zwischen Norman Davis und Reichsminister Ritter statt, an der auch Außenminister Neurath teilnimmt.

Ein Statthalter für die Hansestädte?

Hamburg, Bremen und Lübeck handeln gemeinsam

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 8. APRIL

Bestern nach eine gemeinsame Besprechung der Senatpräsidenten von Hamburg, Bremen und Lübeck, die auf Einladung des Hamburger Bürgermeisters Rogmann in Hamburgs Rathaus von sich ging. Es ist auf dieser Besprechung gelungen, die alte „nachbarliche Einigkeit“ der Hansestädte, die immer wieder trotz der in großen Höhen gleichen politischen und wirtschaftlichen Interessen zu Gegenrängen führte, zu befestigen.

Die getragene Besprechung ergab zunächst Einmütigkeit darüber, daß keine der drei Hansestädte von sich aus irgendeine Aktion vornehmen wird, insofern sich in allen Fällen sich die drei Hansestädte zu gemeinsamen Vorgehen bzw. zur Abgabe gemeinsamer Erklärungen über die Wahrnehmung ihrer Interessen zusammenfinden werden.

In diesem Zusammenhang wird, wie wir weiter erfahren, auch darauf hingewirkt, einen Statthalter gemeinsam für Hamburg, Bremen und Lübeck einzusetzen. Obwohl eine Entscheidung in diesem Sinne noch nicht getroffen worden ist, scheint es aber durchaus einleuchtend und auch der Gesetzesvorlage entsprechend, daß die drei Hansestädte in ihrer zu weit älteren bestehenden und jetzt auch nach außen hin bekannten Gleichheit der Interessen eine derartige Personalunion für sich erheben. Die Zusammenkunft der hansestädtischen

Senate soll sich vor allem auch mit der notwendigen Aufrechterhaltung der Geschäftstätigkeit der Hansestädte im Reich befassen.

Der hamburgische Senat und vor allem der Bürgermeister Rogmann hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, den Wiedereintritt der drei Hansestädte zu sichern. Die Vossische der Besprechung, die sich im Senat bereits einmütigen. Wie wir weiter, beabsichtigt Bürgermeister Rogmann, der unter Vorgabelegung dieser Vorrechte selbst eine Ausarbeitung gemacht hat, die notwendigen Verhandlungen mit den Regierungsentlohnungen in Berlin wahrheitsgemäß noch vor Offen aufnehmen. Am über nicht einverstanden nur über die hamburgischen Geschäftsinteressen zu verhandeln, hat der Bremer Senatpräsident den dortigen Verbänden und Organisationen die gleiche Aufforderung zur Unterstützung von Vorschlägen zugunsten lassen. Die von zünftiger Seite vertrieben wird, besteht beim Hamburger und Bremer Senat und bei der Schiffsahrt volkshändige Einmütigkeit über die Zeit und Weise des praktischen Vorgehens.

Im Laufe der Zeit wird höchstwahrscheinlich bei der gleichen Behandlung hansestädtischer Interessen die Frage des Hafenbetriebs eine Rolle zu spielen haben; ein Parlamentsentscheidungs ist bereits in Hamburg mit der Überlieferung der Frage, befristet, ab man an der Form eines vollständigen Hafenbetriebs festhalten will oder ob es wirtschaftlich ratsam sein würde, eine Umgestaltung in der Weise vorzunehmen, daß im Hamburger Hafen etwa nach dem Muster der Elektrizitäts- und Gaswerke die produktivsteinständige einzusetzen ist.

Göring wird Ministerpräsident

Wie das Conti-Büro aus politischen Kreisen erfährt, steht nunmehr fest, daß Reichsminister Göring zum Ministerpräsidenten in Preußen ernannt werde. Bislang von Papen dürfte selbst auf die Ernennung zum Ministerpräsidenten in Preußen verzichtet haben. Es verlaute, daß er andere wichtige Aufgabengebiete für das Reich übernehmen wird.

Erlaß an die Oberlandesgerichts-Präsidenten

Der Reichsminister für das preussische Justizministerium hat an die Präsidenten der Oberlandesgerichte einen Erlaß gerichtet, in dem er den umgehenden Bericht anfordert, weswegen keine der Chefspräsidenten der Oberlandesgerichte, bzw. das Kammergerichte gegen die Verfügun des Staatsministeriums vom 9. Juli 1930, die Beamten u. a. die Zugehörigkeit zur BSA-BB, verlor. Beiden geltend machte. Die Verfassung ist zweifellos verfassungsmäßig gewesen und „mit Rücksicht auf die verfassungsrechtliche garantiert und eine richterliche Unabhängigkeit“ über die Richter derjenige gewesen, der sich „gegenüber dem Staatsministerium zum Sprecher des Gewissens der Nation“ hätte machen müssen.

Die Reichsbahn stellt ein

Die Deutsche Reichsbahn, die sich entschlossen, bisher zurückgestellte Arbeiten in ihren Ausbesserungswerten auszuführen und hierfür von sofort ab 5000 Mann aus national geistigten Kräfte neu einzustellen.

Die Gleichhaltung der Ärzteschaft

Nachdem es zwischen dem nationalsozialistischen deutschen Ärztebund und den Vorständen der ärztlichen Spitzenverbände zu einer Vereinbarung gekommen war, galt der erste gemeinsame Beschluß eine Aufhebung der in der Vergangenheit, jüdische und sonstige Kollegen, die sich der neuen Ordnung innerlich nicht anschließen könnten, zur Wiederherstellung ihrer Rechte in Vereinen und Ausschüssen zu veranlassen. In einzelnen Fällen waren jedoch vorher jüdische Ärzte solcher Vereine entlassen worden. In Berlin ist für die Wiederhergabe zu entnehmen worden, daß das Ärztehaus von S.M. best. wurde und dann ein Staatsanwalter die Mitglieder der Vereinbarung zu entlassen worden, daß das Ärztehaus von niederrhein, woran es einen kommunistischen Vorstand einsetzte.

Auf Grund der Vereinbarung ist auch der Reichsarbeitsamt in Berlin dringend gebeten worden, jüdische und marginale Ärzte in einem zentralen Register zu verzeichnen. Im nächsten Schritt sind binnen Jahresfrist jüdische Krankenhäuser, Stiftungen, Fürsorge, Wohlfahrts-, Rettungsämter, Berufsämter, gerichtlich oder entlassen worden. Viele von ihnen können dadurch wirtschaftlich nur ein Nichts. Dazu die Forderungen, die auf eine Trennung jüdischer Ärzte von der Krankenpflegepraxis hinführen.

Eine große, wohl die überwiegende Zahl der jüdischen Ärzte in Deutschland entlassen Familien, die seit Jahrzehnten in Deutschland anständig leben, deren Mitglieder teils treue Einsatzbürger gewesen sind. In großer Zahl haben jüdische Ärzte in Deutschland wissenschaftliche Bedeutendes geleistet, unter den sechs Trägern der nach Deutschland gesandten medizinischen Nobelpreise sind drei Juden. Zahlreiche jüdische Ärzte haben Bedeutung für die öffentliche Gesundheitspflege, für das Volkswohl und das ihres Standes gewirkt. Als kurz vor dem Sturz von einzelnen Ärzteschutzgruppen verlangt wurde, die ärztliche Tätigkeit beim Notdienst und bei Hilfsorganisationen dürfte nicht mehr unterhalten werden, da Übertrag nach einem jüdischen Kollegen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Tätigkeit auf dem deutschen Ärztehaus zu fördern. Die Aufstellungen, die dem Vorstande beauftragte jüdische Referenten auf deutschen Ärzteschaft zu so wichtigen Fragen, wie Arzt und Staatsrecht, Arzt und S.M., ärztliches Berufsangehörigkeit, vertreten haben, dürften auch jetzt noch von der Mehrheit der Ärzte für Deutschland geteilt werden.

Von den jüngeren jüdischen Ärzten, die erst nach dem Sturz der Republik haben, sind viele Selbstkötter, nicht wenige aber Kriegsleistungsgenossen. Von den älteren war eine große Zahl als Soldat oder Wehrdienst genötigt. Zahlreiche besitzen das eigene Haus, 1. Klasse. Alle diese Ärzte, die in der Heimatländern tätig gewesen sind, doch auch anderer andere fragen, warum sie nach Befreiung der Kranken und Kriegskranken zur Behandlung der Kranken nicht mehr geeignet sein sollen. Von Patienten wird die Frage gestellt, warum der Arzt, der sie seit Jahren erfolgreich betreut hat, von nun an ihr Vertrauen nicht mehr besitzen soll.

Die Neuregelung für Gerichts-Ärztinnen

Vom preussischen Justizministerium wird eine neue Regelung für die Beschäftigung von Gerichts-Ärztinnen und Referentinnen vorbereitet. Bisher wurden Referentinnen, die als Hilfsreferentinnen bestanden hatten, normalerweise zu Gerichts-Ärztinnen ernannt; in Ausnahmefällen unterließ eine solche Ernennung. In Zukunft wird mit den Referentinnen, die die große Staatsprüfung bestanden haben, in zwei Gruppen folgende: die einen werden zu Gerichts-Ärztinnen ernannt werden, bleiben im Justizdienst oder haben die Möglichkeit, als Rechtsanwältin zugelassen zu werden. Die anderen soll die Staatsprüfung als Gerichts-Ärztinnen unterbleiben, weil sie nicht deutschstämmig sind. Inwieweit Ausnahmen davon gemacht werden, ist noch nicht bekannt.

Die Referentinnen, die noch befonderer großer Staatsprüfung nicht zu Gerichts-Ärztinnen ernannt werden, erhalten nach einem Erlass des Reichsjustizministeriums für das Preussische Justizministerium ein Zeugnis über das Bestehen der Prüfung und fügen mit Zustellung dieses Zeugnisses aus dem Justizdienst aus.

Die meisten jüdischen Referentinnen sind zur Zeit beurlaubt, und es muß entschieden werden, ob und etwa inwieweit sie auch fernerehin zum Ausübungsdienst in der Justiz zugelassen werden; denn als Referentinnen sind sie Beamte im Verordnungsamt.

Eine besondere Regelung wird auch für die Handels-Ärztinnen getroffen.

Ueber die Zulassung der jüdischen Anwälte ist bisher noch keine Entscheidung gefallen. Sie ist nicht vor Ende der nächsten Woche zu erwarten. Voraussichtlich nur einige jüdische Anwälte Ausnahme bekommen, die sie für die nächste Zeit zum Aufreten vor Gericht berechtigen, darunter der Strafrechtslehrer Justizrat Bronner, der im 72. Lebensjahre steht, Reichsanwalt Rindberg, der schwer Erkranken ist und in der letzten Zeit nicht in Berlin auftrat, und die Staatsanwältin Reichsanwalt von Simon, Chef des ersten deutschen Reichspräsidenten, Dr. Georg Wunderlich, als Staatsanwalt für internationalen Recht bekannt, und Kammergerichtsrat Dr. Julius Fiebig.

Die kommunistische Vorstand der Anwaltschaft vorverpflichtet die Liste derjenigen deutschstämmigen Anwälte, die zu den Gerichten zugelassen sind. Bei dem Kammergericht sind dies etwa 200 Anwälte. Von den Berliner Kammergerichten haben bisher etwa 1000 deutschstämmige Anwälte Ausweisungen zur Terminsbeurteilung erhalten.

Außerdem haben vorläufig 35 jüdische Rechtsanwältinnen Ausweisungen erhalten. Unter dem obengenannten befinden sich die Namen von A. P. für das Kammergericht, Reichsanwalt Rindberg, Reichsanwalt Herr, die Rechtsanwältin Gamber, Schneider, Jellner, Bögler. Unter den jüdischen Anwälten, die beim Landgericht zugelassen sind, sind u. a. Justizrat Friedrich Bieber, Dr. Heinrich Friedländer, Justizrat Arthur Oelgen, der schwerkrankenbedingte Dr. Ruzweg, P. Salomon, Taffel.

Deutschlands Friedenswille

Ein Gespräch mit Reichskanzler Hitler

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 8. APRIL

Der Waller Layton fest heute im „News Chronicle“ seine Kritik über das Deutschland von heute fort. Er berührt über eine Aussprache mit Hitler, die auf ihn einen sehr günstigen Eindruck gemacht hat. Alan King in Deutschland, daß sich der Kanzler über die Arbeit der neuen Verantwortung fast gewandelt habe und daß die Welt, die bisher nur den Agitator Hitler getannt habe, in ihm nun den Staatsmann erkennen werde.

Die Unterhaltung hat sich in erster Linie auf außenpolitische Fragen bezogen, und der Kanzler habe als die Schlichtstellung der deutschen Außenpolitik die Freundschaft Deutsch-

lands zu England und Italien bezeichnet. Hitler habe ihn daran erinnert, daß er erst kürzlich öffentlich seine Bereitschaft, den MacDonald'schen Vorschlägen anzuerkennen, erklärt hat und daß dieser Plan, nur allein, wenn er in Verbindung mit dem in Rom diskutierten Viermächte-Pakt gebracht würde, Soffnung auf Frieden eroffne. Auf den Einwand Laytons, daß Frankreich dem MacDonald-Plan nur unter der Bedingung zustimmen würde, daß eine Rüstungskontrolle in jedem Falle ausgearbeitet wird, erwiderte Hitler, daß Deutschland jede Form von Kontrolle dulden werde, falls sie für alle Länder in gleicher Weise zur Anwendung gelangt.

Hitler habe noch einmal ausdrücklich Deutschlands Wunsch nach Frieden betundet. Eine Periode von zehn Friedensjahren sei für Deutschland eine absolute Notwendigkeit.

MacDonalds Fahrt nach Washington

Die Hintergründe der Einladung

LONDON, 8. APRIL

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt, Präsident Roosevelts Anregung für den sofortigen Besuch Mac Donalds in Washington habe ihren Grund in der Befürchtung, daß England und die anderen europäischen Schutzbündler Amerikas ihre Zusicherungen nicht leisten würden, wenn nicht in der Zwischenzeit irgendwelche vorläufigen Verständigungen getroffen würden. Eine solche Verständigungserklärung hätte nach amerikanischer Meinung die Aussicht der Weltwirtschaftskonferenz gestiftet, während nach britischer Ansicht die Konferenz überhaupt nicht unter günstigen Vorzeichen hätte zusammenzutreten können, wenn Amerika auf den Junitaten bestanden hätte.

Als die britische Regierung von Washington seine Zustimmung habe erhalten können, daß ein zeitweiliges Moratorium für die Dauer der Konferenz bewirkt werde, ist eine Art Stillstand nach Washington nicht eingetreten, was betont worden ist, daß England sich nicht zur Zahlung der nächsten Rate bereitstellen werde in Anbetracht der Stimmung, die es im vergangenen Dezember erteilt habe. Darauf habe Norman Davis seine Äußerungen in Richtung auf eine sofortige Unterredung zwischen dem Präsidenten Roosevelt und MacDonald erneuert.

Die Konferenz bei Roosevelt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 8. APRIL

Die amerikanische Regierung übermittelte außer den europäischen und südamerikanischen Staaten jetzt auch Japan und China Einladungen zu einer Vorbereitung über die Weltwirtschaftskonferenz. Washington ist bereit, Vertreter sämtlicher Staaten, die an der Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen, zu einer Vorbereitungsreise zu empfangen. Ausgenommen sind nur Rußland, da Roosevelt im gegenwärtigen Zeitpunkt den Einbruch einer mittelbaren Anstrengung der Sowjet-Union vermeiden will.

Im Ankreisreisen wird betont, daß die Vorbereitungen in Washington keineswegs der Londoner Konferenz vorgezogen sollen. Die Absicht ist lediglich, in persönlichen Besprechungen mit den einzelnen Delegierten eine Klärung der Wirtschaftsaussagen und der Möglichkeiten eines internationalen Zollabbaus herbeizuführen.

Boykott-Propaganda der polnischen Nationalisten

BRESLAU, 8. APRIL

In Oberbeschlesien nehmen die Aktionen gegen die deutschen Zeitungen umgeben immer freier. Am Freitag wurden in Wloclawski sämtliche Zeitungshäuser nach deutschen Zeitungen und Hefenliste abgeholt. Die Blätter wurden dann auf dem Marktplatz öffentlich verbrannt. In Apolka wurde die gesamte Auflage des „Oberbeschlesischen Kuriers“ und der „Kattowitzer Zeitung“ den Zeitungsbauern am Bahnhof abgenommen und verbrannt. Die deutschen Menschenblätter, die über die Ausbreitungen berichten, sind während der Reichstagswahl fünf konfiszieren worden. Der „Oberbeschlesische Kurier“ wurde in dieser Woche zum drittenmal beschlagnahmt.

In Wloclawski beginnt man, deutsche Geschäfte zu boykottieren. Es sind an den deutschen Geschäften Plakate vom Wloclawski-Verband angebracht worden, auf denen baren gemacht wird, die Geschäfte zu betreten. Die Vorstellung des deutschen Theaters in Kattowick mußte am Freitag durch ein hartes Polizeiaufgebot geschützt werden, weil sich Demonstranten vor dem Theatergebäude ansammelten, die jedoch von dem Polizei getrieben wurden. Am Sonntag sollen in ganz Oberschlesien Kundgebungen vor allem dem Weltmarktes und der Wloclawski gegen das Deutschland stattfinden.

Schweizer Wachtmeister wegen Grenzpropaganda verurteilt

Das Sondergericht in Stuttgart, das heute zum ersten Male zum Jahresanfang, verhandelte gegen den 60-jährigen Schweizerbürger, der sich zum Verstoß von Werbendeten in der Nähe von Stuttgart aufhielt. Der Angeklagte äußerte in einem Laden, in der Schweiz und in Italien sei der Wein, die Weisheit hätten den Reichstag selbst angezündet.

Der Angeklagte befreit die ihm zur Last gelegte Verurteilung, der Staatsanwalt hat ihn jedoch durch die eidliche Aussage zweier Zeugen als überführt an und beantragte drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte, der weinend erklärte, durch eine Gefängnisstrafe würde ihm seine militärische Stellung in der Schweiz gefährdet, wurde vom Vorsitzenden damit beurlaubt, daß er meine, die Angeklagte würde es ihm sicher nicht über nehmen, wenn er einmal in Deutschland dummes Geschwätz nachgehört habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis unter Anrechnung von zehn Tagen Unterlaufungsfrist.

Verbotene Auslandsblätter

Für die Verbreitung in Deutschland sind noch folgende ausländische Zeitungen verboten worden: bis 24. September, „La

Revolucion Pacifica“, „De Voede“ (Schweiz); bis auf weiteres: „Freundschaft“, „Frage“, „Der Wiener Tag“, Wien, „Borarlberger Volksblatt“, Vöden; „Aole Zeitung“, Innsbruck; „Zigeuneri-Paganelli“, Bregenz; „Aole Zeitung“, Vödenberg; „Bretter Zeitung“, Schwyz (Schweiz); „Burgauer Zeitung“, Frauenfeld; „Auchener Arbeiter-Zeitung“, Aachen; „Reinhardt'sches“, Neunkirchen (Saar); „Die Zeitung der Kaufmann“, Neunkirchen; „Bayer'sches Journal“, Freie Presse“, Straßburg; „Die Neue Welt“, Straßburg; „L'Humanite“, Straßburg; „Los Dornados Nouvelles de Strasbourg“, Straßburg. — Für die Zeitung „Polka-Jagdlinie“, Kattowick, ist das Verbot der Verbreitung in Deutschland bis zum 24. September verhängt worden.

Vorbereitungen über die Arbeitslosen-Reform

In der nächsten Woche soll eine Aussprache der hauptsächlich beteiligten Reformminister über eine Neuordnung der Arbeitslosenfrage stattfinden. Es kann damit gerechnet werden, daß das Reichsstatistikamt sich nach dem Sturz mit dieser Frage beschäftigen wird.

Unter Minister Cuyun war für die Reform der Arbeitslosenfrage bereits ein Sachverständigen-Ausschuss bestellt worden, der in Vorbereitung darauf hinarbeitet, daß die Arbeitslosen im engeren Sinne von einer einheitlichen Reichs-Arbeitslosenfrage betraut werden sollten. Die Arbeitslosenfrage wäre also verschunden und in der kommunalen Arbeitsfrage wären nur die Erwerbslosen geblieben, die keinen Anspruch auf Arbeitslosen-Unterstützung haben. Die Reichs-Arbeitslosenfrage sollte von der Reichs-Anstalt und den Arbeitsämtern ohne Mitwirkung der kommunalen Fürsorgeverbände durchgeführt werden.

Dieser Sachverständigenrat ist damals im Kabinett nicht mehr behandelt worden. In Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister soll jetzt zunächst einmal getätigt werden, welche Mittel für die Arbeitslosenfrage zur Verfügung gestellt werden können. Später wird dann die Frage zu entscheiden sein, ob der vorliegende Referententwurf den weiteren Verhandlungen zugrunde gelegt werden soll.

Noch keine neuen Orden

Zur Bereinigung von Mißverständnissen wird darauf hingewiesen, daß das gehen vom Reichstatistikamt beschlossene Verbot über Titel, Orden und Ehrenzeichen lediglich unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen des Artikels 10 Absatz 4 und 5 der Reichsverfassung die Ermächtigung erteilt. Ehrentitel und Orden wieder einzuführen und die Annahme von ausländischen Orden zu genehmigen, es ist zur Zeit nicht beabsichtigt, neue Orden oder Ehrenzeichen zu schaffen.

Wie wir es sehen

Steuerfreiheit der Neu-Wagen

Die Beratungen über eine Reform der Kraftfahrzeugsteuer haben zu einem überraschenden Ergebnis geführt: über die gestrige Abstimmungsitzung wird bekannt, daß im wesentlichen nur beschlossene wurde, für fabrikneue Kraftfahrzeuge ohne Unterscheid der Güter und der Größenklasse (ausgenommen Omnibusse), die nach dem 31. März d. J. zugelassen werden, keine Automobilsteuer mehr zu erheben. Die ursprünglich viel erörterten Pläne, die u. a. eine besondere Steuererleichterung für die Kleintransporter vorzusehen und damit die zeitweilige Einstellung für nicht abgedeckten woffen, scheint man vollständig zu haben.

Anschließend wird mit dieser neuartigen Steuerreform ein ganz bestimmter wirtschaftspolitischer Zweck verfolgt. Nicht der Zweck der Erleichterung des Kraftfahrzeugbesitzes, sondern der einmalige Akt der Abschaffung soll begünstigt werden. Man will also ganz bewusst für den Augenblick und für die nächste Zukunft einen Anreiz zum Autokauf und damit zu Arbeitsbeschaffung bei Automobilindustrie und ihren Zubehör-Verletern schaffen. Der Gedanke, daß die fiktive Steuererleichterung Arbeitsbeschaffung hat demnach alle anderen Erwägungen zurückdrängt. Die verantwortlichen Stellen lassen sich offenbar von dem Gedanken leiten, daß alle anderen Überlegungen und Reformen in Folge durchgedacht und durchgeführt werden können, wenn nur für den Augenblick ein schneller und sichtbarer Wiedergewinn der Arbeitslosigkeit erreicht wird. Der Automobilklub, der schon durch die ledigen Erfolge der Berliner Ausstellung und durch die bloße Antizipation einer neuen Steuer- und Verkehrsreform einen starken Anstoß empfangen hatte, wird dadurch ungewiss, ob er einen weiteren Vorstoß erfährt. Schon jetzt führen sich die Meldungen aus der Automobil-Industrie, wonach die Werke für Monate hinaus voll beschäftigt sind und insgesamt Tausende von Arbeitern neu einstellen konnten.

Auf die Dauer freilich wird die Wirtschaftspolitik des Reiches auch an einer Neuregelung der übrigen Auto-Probleme nicht vorbeigehen wollen. Neben der Steuerpolitik spielen die bisher kaum erträglichen Wettbewerbverhältnisse zwischen Preußen und Kraftwagen hier eine entscheidende Rolle. Auch auf diesem Gebiet ist eine organische Regelung bereits angebahnt worden.

Vorläufig aber hat der Gesetzgeber alle Kraft auf die dringende Notwendigkeit des Augenblicks, die Arbeitslosigkeit, konzentriert. Das Opfer, das die Reichsliste dafür bringt, ist nicht gering zu veranschlagen. Der Fiskus verliert weitgehend auf seinen Anteil an der jüngsten Verleihung des Automobilbesitzes. Aber er rechnet darauf, daß die Erparnis an Erwerbslosen-Unterstützung und der Mehrertrag der Treibstoff-Abgaben diesen Einnahmeausfall ausgleichen wird. Bedenkt man, daß jeder Automobil-Arbeiter, der heute wieder in Lohn und Brot kommt, durch seine veräußerte Kaufkraft weitere Sozialleistungen in Anspruch setzt, daß jede Automobilfabrik, die heute noch beschäftigt ist, Material und Maschinen kaufen kann, so wird der Sinn des Rates deutlich! Die Arbeitsbeschaffung ist um so wirksamer, je sparsamer und umfassender sie einsetzt. Wer daran mitwirkt, erhält eine „Steuerprämie“.

Dabei hat man es in Kauf genommen, daß es künftig auch in der Automobilistik „Alt- und Neudeckel“ geben wird, nur hier, anders als bei der Kreisangelegenheit, der Bewußtsein der Arbeiter hat. Auch auf diesem Gebiete bedeutet die unterirdische Verhandlungsergebnisse einen gewissen Wertverlust. Der bisher noch kein Auto besaß, also der „Erfahrungskäufer“, braucht sich darum nicht zu kümmern. Aber ein großer Teil des Automobilgesellschaften entfällt auf Erbschafts- und Pensionsfälle, bei denen der alte Wagen in Zahlung gegeben wird. Da der Autokauf aber im Laufe von sieben Jahren reiflos ausgewechselt zu werden pflegt, wird sich dieses Phänomen allmählich lösen. 1940 müßte es nur noch Wagen geben, die nach dem 31. März 1933 zugelassen, also steuerfrei sind.

Der Tag der deutschen Arbeit

Das Reichsstatistikamt hat den 1. Mai zum Tag der deutschen Arbeit erklärt. Der Tag der traditionellen Maiern der sozialistischen Arbeiterschaft der ganzen Welt ist nun fest als gesetzlicher Feiertag in Deutschland. Das bedeutet zweierlei: der 1. Mai soll aus einer Angelegenheit eines Teiles der deutschen Arbeiterschaft zu einem Feiertag aller schaffenden Deutschen werden. Er ist nicht mehr ein gebührender, dem Arbeitgeber abgetrogener Tag des sozialistischen Weltentzuges zur Internationalen, er ist der durch Gesetz anerkannte und durch den öffentlichen Feiertag ausgedrückte Tag der Befreiung auf den Wert und den Inhalt der deutschen Arbeit.

Die Revolution, deren Zeuge wir jetzt sind, hat mit vielem radikal gebrochen. Das erste Gebot, das die Unterdrückung der Propaganda des Reiches verantwortlichen Ministern trägt, knüpft an dieses Wortband an, besetzt ein Symbol, das für den größten Teil der deutschen Arbeiterschaft lebendigen Inhalt hat, in das Neue ein.

Aber der gedankliche Kern der Maiern wird eine wesentliche Wandlung erfahren. Die Demonstrationssätze der Arbeiter marschieren am 1. Mai unter den Klängen der Internationalen hinter den roten Fahnen. Am 1. Mai dieses Jahres werden die roten Fahnen das Werkzeuge tragen, und das heißt-Neue wird den Tag der Schritte bestimmen. Damit ist auch für den 1. Mai die „Gleichgültigkeit“ aufgelöst.

Tannenbergs-Bund in Mecklenburg verboten

Durch Verfügung des mecklenburgischen Ministerkommissars Pilsbrom ist der Tannenbergs-Bund, dessen Vorstand und Geschäftsführer General Ludendorff ist, für das ge-

Zusammenstöße in Breslau

Umfassende Hausdurchsuchungs-Aktion bei Kommunisten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRESLAU, 8. APRIL

In den frühen Morgenstunden des heutigen Sonnabends führte die Breslauer Polizei eine umfangreiche Hausdurchsuchung bei Kommunisten an dreißig verschiedenen Stellen der Stadt durch. Es kam zu schweren Zusammenstößen, bei denen die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Bei vielen Festgenommenen sind bis jetzt zwei Tote und eine Reihe von Schwerverletzten zu verzeichnen. Der amtliche Polizeibericht lautet u. a.:

„In einem Lokal gab es wegen des Spielens des Hock-Spiel-Tisches und des Schießens des Weingewerkschützen. Einige Personen verließen das Lokal. Auf der Straße entzündete sich ein Schläger und Schießerei, an der sich offenbar Protokolle beteiligten und zwar scheint es sich bei den Angreifern um Kommunisten und Elemente zu handeln, die erst seit einigen Tagen Anschlag an die WSA, gelacht haben. Bei den tätlichen Auseinandersetzungen erlitt der WSA-Mitglied Schlotter Strauß mehrere Schußverletzungen und brach tot zusammen. Eine blühende Verletzung erlitt außerdem der WSA-Mitglied Richter. Die WSA erlitt ein Kraftwagenführer einen Oberkehlentisch, so daß er ins Spital zur Einlieferung kommen mußte. Gleichfalls im Spital fand sein Sohn Aufnahme, der eine Gehirn-Entzündung und Rückenverletzung davon getragen hatte. Sämtliche Verletzten gehören der WSA an bzw. stehen ihr nahe.“

Ergänzt dazu wird noch berichtet, daß auch an einem anderen Platz der Stadt in den frühen Morgenstunden ein Mann schwer verwundet aufgefunden wurde. Die näheren Umstände dieses Vorfalls werden noch nicht fest.

Bei der Aktion wurden weit über 100 Personen festgenommen und recht erhebliche Wertverluste gemacht. Die Polizei mitteilt, was festgestellt wurde, daß die kommunistische Partei sich wieder zu organisieren beginne und im Bezirk Hock, Terrorgruppen zur Bekämpfung der hinter der Regierung stehenden Parteien zu bilden. Auch sollen von diesen Personen andere die nationale Regierung schädigende Überfälle geplant worden sein. Unter den Festgenommenen befinden sich führende Kommunisten, die, wie die Polizei mitteilt, seit Jahr und Tag die nationale

Bewältigung durch Terrorakte in ständigen Schreden zu setzen bemüht waren.

Ausführungen in Limburg

LIMBURG, 7. APRIL. (W. T. B.)

Anlässlich einer Stadtvorstandssitzung kam es Mittwoch im Rathaus zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf eine Versammlung die Abweisung des Bürgermeisters verlangte. Bürgermeister Dr. Krusmann stellte unter dem Druck der Wägen sein Amt dem Regierungspräsidenten zur Verfügung. Der Stadtvorstandsvorsteher legte sein Amt nieder. Beide gehören dem Zentrum an.

Donnerstag vormittag kam es dann in der Stadt zu weiteren Ausführungen. Seit den Morgenstunden strömte aus den nächsten Teil des Kreises Limburg eine große Versammlung zu Fuß, auf Häusern und in Lastautos zusammen. Nachdem die Versammlung sich Hundertlang vor dem Kreishaus aufgehoben hatte, drang sie in das Gebäude ein, um die Türen der Büros auf und trieb die Beamten aus dem Gebäude hinaus. Dann drang sie in das Zimmer des Landrats v. Breitenbach und bezog sich. Der Landrat begab sich daraufhin zum Polizeikommissar. Ein Teil der Menge zog zum Gebäude der Ortstanzamt, besetzte es und veranlagte den Direktor und zwei Angestellte, das Haus zu verlassen. Das Zimmer des Direktors wurde verlassen. Hierauf zog die Versammlung, die inzwischen immer mehr angewachsen war, zum Finanzamt und besetzte auch hier sämtliche Büros. Ein drang auch in das Zimmer des Leiters des Finanzamts ein und bedrohte ihn gleichfalls. Verschiedene S.M.-Leuten gelang es schließlich, das Finanzamt zu überwinden und die Versammlung zu zerstreuen. Auf die Nachricht von diesen Vorkommnissen hat der Regierungspräsident eine Abteilung Schutzpolizei von Frankfurt a. M. nach Limburg verlegt. Die Schutzpolizei verhielt sich zusammen mit S.M. und S.-Leuten als Hilfs-polizisten den Streifen.

Dem Regierungspräsidenten wurde an Stelle des bisherigen Bürgermeisters der Stadt der Student Dr. Eichhorn (S.M.P.) als kommissarischer Bürgermeister bestellt.

Die Mission der Kirche

Die Superintendenten hinter Dibelius

Die Superintendenten der Kurmark befinden sich in Berlin versammelt, um den General-superintendenten D. Dibelius vorlegen, was er in Bezug auf die Mission der Kirche zu sagen hat. Die Mission der Kirche ist ein Thema, das in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit eine große Rolle spielt. Die Superintendenten sind sich einig, dass die Kirche eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen muss. Sie müssen sich mit den Herausforderungen der modernen Welt auseinandersetzen und ihre Mission neu definieren. Dibelius hat eine klare Vision für die Zukunft der Kirche in der Kurmark. Er betont die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kirchen und die Notwendigkeit der Erneuerung der Kirche von innen. Die Superintendenten sind sich einig, dass diese Visionen in die Tat umzusetzen sind. Sie werden alle Maßnahmen ergreifen, um die Mission der Kirche zu stärken und die Kirche zu einer aktiveren Rolle in der Gesellschaft zu verhelfen.

D. Dibelius hatte in einem vertraulichen Rundschreiben an die Pfarrer seines Sprengels erklärt, daß das Evangelium alle politischen Weltanschauungen, gleich welcher Partei, unter das Dach Gottes stelle. Der weltliche Rufus lautet: „Darin müssen wir einig sein, daß das Evangelium nicht den eigentlichen Werten, sondern den geschichtlichen Sünden anerkennt, daß es nicht den Geist, sondern die Seele predigt, daß nicht das Volkstum, sondern das Weltrecht Gegenstand evangelischer Verkündigung ist. Wir werden darin einig sein, daß das Evangelium im Gegensatz zu jeder menschlichen Ideologie steht, sie mag nationalsozialistisch oder sozialistisch, liberal oder konfessionell sein, daß das Evangelium den Menschen in seinen selbstlichen Wünschen nicht befreit, sondern richtet...“

samt mecklenburg-schwedische Staatsgebiet verboten worden. In der Verbotserklärung heißt es, daß der Tannenbergs-Bund durch sein Wesen die religiösen Gefühle vieler Bevölkerungsteile verletze; daher sei eine Stärkung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befürchten.

Otto-Braun-Haus enteignet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖNIGSBERG, 8. APRIL

Mit der Begründung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Abwehr auch in Zukunft zu befürchtender staatsgefährdender Umtriebe wurde vom Regierungspräsidenten das Grundstück 2, Friesstraße 4-6 (Otto-Braun-Haus) nebst sämtlichen festen und losen Bestandteilen und Zubehörenden und allen dem Grundeigentümer gebührenden Zinsenansprüchen dem bisherigen Eigentümer, der Ostpreussischen Druck-Verlagsanstalt m. b. H., entzogen und auf das Land Preußen zum Eigentum übertragen.

Öftertag

der Evangeliglichen Reichsbundes

Vom 9. bis 22. April findet in Eichenau die alljährliche Öftertag des Evangeliglichen Reichsbundes statt. Der Bericht über die aktuellen kirchlichen Fragen wird Professor F. Sinderer erstatten. Die weiteren Beratungen gelten dem Verhältnis von Staatsautorität und Öftertag, dem Problem der Rasse, Eigentum und Familienpolitik und der neuen Wege des theologischen Unterrichts in den Berufsschulen. Mit dem Reichsalltag ist die religionspädagogische Tagung der Gesellschaft für evangelische Pädagogik verbunden.

Der Sturm auf die Vorzimmer

Das Reichsstatistikamt und die kommissarische preussische Staatsregierung geben folgendes bekannt:

In den letzten Wochen häuften sich die Besuche beim Reichsstatistikamt, bei den Reichsministern, Reichsbeamten und Staatssekretären bezug, daß die Regierungsmitglieder, die ohnehin in diesen Tagen mit Arbeit stark belastet sind, übermäßig in Anspruch genommen werden und die Führung der Dienstgeschäfte hierdurch erschwert wird.

Es wird daher angeordnet, daß Besucher sich grundsätzlich nur nach Anwesenheit der zuständigen Referenten zu wenden haben und daß Ministertage (außerhalb der Dienstzeiten) nur mit solchen letzten Entscheidungen befristet werden, die sie allen treffen müssen.

An den „Westdeutschen Beobachter“ vernietet

Nachdem festgelegt worden ist, daß das August-Beobachter-Büro in Köln-Domburg, das Verlagsgebäude der sozialdemokratischen „Westdeutschen Zeitung“, Hypothek der Städtischen Sparkasse Köln gegen die Sparkasse der Landkreise Köln, Bergheim und Mülheim erhalten hat, hat der kommissarische Oberbürgermeister der Stadt Köln das Gebäude unter Zwangsverwaltung gestellt, um Verluste für die Stadt zu verhüten. Die Stadtvorwaltung hat dann das Gebäude an den Verwaltungsrat Köln-Köln der S.M.P., in dem der „Westdeutsche Beobachter“ erachtet, vernietet.

In Wien verurteilt

Auf Grund eines Protestes des deutschen Konsulats in Wien wurde der für ein befristetes Lokal verantwortliche Redakteur des sozialdemokratischen Wochenblattes zu einer Geldstrafe von 200 Schilling und zu drei Tagen Arrest verurteilt.

Die Landwirtschafts-Ausstellung

Am 20. Mai auf dem Berliner Ausstellungsgelände

Am 20. Mai wird auf dem Ausstellungsgelände der Stadt Berlin die 39. Deutsche Landwirtschaftliche Wanderausstellung eröffnet werden. Auf einem Presse-Congress in der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft berichteten nach der Begrüßung des Vorsitzenden des Vorstandes, Hr. h. v. R. Pfeiffer, die Vertreter der einzelnen Ausstellungsgelände über die Aufbau- und Bedeutung der großen landwirtschaftlichen Schau.

Die Ausstellung wird räumlich die größte sein, die bisher in Deutschland zu sehen war. Sie wird 450 000 Quadratmeter Raum umfassen. Große Gebäuden, Plantagen, elektrische Anlagen sind notwendig. Berlin ist nicht auf dem Freizeidgebiet am Funkturm eifrig gearbei. Allein 2000 Ökonomie werden erworben. Für den Besucher sind diese Zierausstellungen von großem Wert. Wie die Fingerzeige für die Weiterentwicklung der deutschen Tiergattung geben. Neben 250 Rindern- und Kalbfleischzucht werden 550 Schaafe, 500 Schweine aller Rassen vertreten sein. Einzelne Stellungen sind Ziegen, Kanarienvögel, Fische, Vögel, Pflanzen vorzustellen. Auch eine Bienenzucht wird nicht fehlen.

Unglücksfall bei der Mount-Coverest-Expedition

Der Mount-Coverest-Expedition, der, wie berichtet, vor einigen Tagen mit zwei Fingerringen das Überleben des Mount-Coverest gelang war, ist heute ein schwerer Unglücksfall geschehen. Der meteorologische Beamte S. R. Gupta und seine beiden Wifflanten erlitten während der Bergbesteigung als sie gerade dabei waren, einen Vulkan aufsteigen zu lassen, als dieser plöze und das ausströmende Gas Feuer fing. Die beiden Wifflanten erlitten im Überdampf, an den Armen und Beinen Brandwunden, während Gupta außerdem noch an den Händen und Schultern verletzt wurde.

Aufklärung einer politischen Muttart

GRÜNBERG (SCHLESIEN), 8. APRIL. Der im Reichstagsplänken Grünberg in Haft befindliche kommunistische Führer Dr. med. Siegfried Berndt aus Kalsitz hat gefunden, den im vorigen Jahre vertrieben worden ist auf den nationalsozialistischen Führerverein Klein in Kalsitz ausgeübt zu haben. Klein war im letzten Monate eines Abends gegen 11 Uhr auf einer Fahrt mit einem Motorwagen von Katsitz nach Kalsitz plötzlich aus dem Verkehr geschieden und im Unterleib verletzt worden. Die Ermittlungen blieben erfolglos.

Nene Waffenfunde.

In Königsberg und Sigmah wurden, wie die T. U. mittelt, bei einer Razzia in Arbeiterwohnungen bzw. in einer Baubetonion Oewehde, Reanover, Pilsen, Schlagschloß und Wintzen beschlagnahmt. Mehrere Personen wurden zur nächsten Feststellung der Personaten und wegen verbotenen Waffenbesitzes festgenommen.

Personalien.

Frau von Napen hat das Amt einer Cheempresbidentin der Generale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin übernommen.

Dr. Raphael wieder in Berlin. Der frühere Gmbli des Parität-Direktoren-Verebandes, Dr. Max Raphael, ist nach Berlin zurückgekehrt. Er wird heute wegen der Bekämpfung, die von der Verbandswahlzeitung ein gerichtet werden, durch Kriminalpolizei verfolgt. Ein Haftbefehl ist bisher nicht erlassen worden.

Ein zweiter Landru. Der vom Eponeer Schwurgericht wegen der Landruit Origene zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Er hatte im Laufe von 11 Jahren mehrere weibliche Hausangehörige in sein Haus gezogen und ermordet.

100 000 Pfund Lebensmittel für die Winterhilfe. Als besonderes Oberhaupt hat die Firma Ralle Kaffeepflicht der Winterhilfe in den Städten, in denen sie Betriebsstellen unter, erntet eine Zuzahlung von 100 000 Pfund Lebensmittel gemacht.

Tumult im Arbeitsamt vor Gericht. Wegen der Tumulte im Arbeitsamt Berlin-West am 12. November hatte sich vor der Großen Straßengericht des Landgerichts III die 23jährige Pelznählerin Marianna G., zu verantworten. Die Angeklagte war auf dem Arbeitsamt erschienen und verlangte die Erteilung eines Arbeitspasses, da sie ihre Ermittelung in der Wohnung ihrer Eltern befand, zu der sie keinen Schlüssel hatte. Sie stellte ihre Anwesenheit in zu ungehöriger Weise, doch die Beamten ließen auf die Ungehörigkeit ihres Verhaltens aufmerksam machen. Darauf ergreift die Angeklagte einen Telefonhörer und warf ihn

Die landliche Landwirtschaft wird auf der Ausstellung einen breiten Raum einnehmen. Es ist geplant, im „Haus der Landwirtschaft“ die Tätigkeit der Landbauern an praktischen Vorrichtungen zu zeigen. Räder, Vorkammler, Mähkammer werden nach modernen Methoden voranschreiten. Getreide, Obstgärten, Obstbäume sowie andere Kulturpflanzen, die der schwer betroffenen landlichen Hausfrau obliegen, werden in diese Abteilung einbezogen sein.

Eine besondere Bedeutung hat die deutsche Maschinenindustrie für die Landwirtschaft. Sie ist in der Lage, den deutschen Bedarf völlig zu decken, und ihre Erzeugnisse stehen in Güte und Haltbarkeit den ausländischen nicht nach. 300 Firmen mit 6000 Vertriebsstellen werden vertreten sein.

Die vertriebsstellen Landesausstellungen werden der großen Schau eine spezielle Note geben. Eine Kolonialausstellung wird zu beweißen haben, wie groß die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung von Kolonialbesitz für Deutschland ist. Die Jagdausstellung soll einen Lebensbild über die Gärten und Verteilung und Drang an Wildbestandes in den einzelnen Teilen der Welt geben.

Ein Saal des freiwilligen Arbeitsdienstes am Funkturm mit den verschiedenen Berufswelten wird einen Einblick in diesen wichtigen Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms gewähren.

Es wird Wert darauf gelegt, durch die Zusammenlegung der Ausstellung die Bedeutung der Landwirtschaft für das deutsche Volkswirtschaft zu beweißen.

Generaldirektor Alberti wieder in Haft

Auf Veranlassung des Bernehmungsdirektors beim Amtsgesicht Berlin-Wilm wurde der Generaldirektor der Reichswehr, Dr. h. v. A. Alberti wieder verhaftet. Wie berichtet, war Alberti nach seiner Festnahme im Zusammenhang mit der Affäre des Generalinspektors S. Hund wieder freigelassen worden. Alberti ist jetzt in den Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Während die die Arbeiterbewegung gegen Verurteilung und Freilassungsgesetze zu sein.

Chronik vom Tage

In Pauls Genter Straße 31 wurden in der vergangenen Nacht drei Einbrecher von der Polizei überführt und festgenommen. Die Diebe waren vom Keller aus in das Futtergeschäft von Hoffman eingedrungen, nachdem sie die Decke durchgebohrt hatten. Bei dem Verhör, eine eingemaurerte Kasse aufzubrechen, schickten sie so viel Lärm, daß Hausbewohner aufmerksam wurden. Während sich zwei von ihnen abdrücken ließen, schickte der dritte in den Keller. Er konnte erst nach mehreren Schreckfällen festgenommen werden.

Ein gebürtiger Fern-Entwicklungsarbeiter hob die Zollabgangshalle gegen in der Frankfurter Allee an. Der Besitzer, Oswald B. hat sich an die Polizei wenden, nachdem er, der B. ein offizielles Schloßrenner betrieb, wurde in einem Schuppen aus vergalltem Spiritus wieder Kristallspiritus her.

Durch die Aufmerksamkeit eines 17jährigen Kaufmanns konnten gegen drei ausländische Taschendiebe ungeschädigt gemacht werden. Die beiden Taschendiebe, die Diebe auf dem Hofraum in der Geislerstraße und verlagte sie auf seinen Fahrweg bis zum Wittenbergplatz, wo er sie durch Polizeibeamte festnehmen ließ.

In der Moschower Straße in Kaulsdorf ereignete sich heute vormittag beim Rastfahren eine Explosion. Der Maurer Walter K. fuhr auf der Wilmersdorfer Straße erlitt Verwundungen im Gesicht und an den Händen. Er wurde von der Freiwilligen Feuerwehr ins Krankenhaus gebracht.

Drei berittliche Automotoren, die in zahlreichen Fällen parkende Autos angebrochen und ausgeraubt hatten, konnten gefangen in der Klosterstraße festgenommen werden. Polizeibeamte überführten die Diebe, den 23jährigen Schlichter Rudolf Dem-

brooff, den 23jährigen Otto Politz und den 23jährigen Schlichter Bruno Arns.

In der Kämpen, Gde. Großbrennerei in Marienb. brach heute mittag in der Feuerfabrik von Bernmann ein Großfeuer aus, das von einem breiten Feuer auf die Dachstuhlkonstruktion übergriff. Der langgestreckte Fabrikbau hand in Hand mit dem Feuer schnell in hellen Flammen. Nur vergeblichen Eile gingen die Arbeiter mit zwei Schichten vor; es gelang, das Feuer einzufrieren, bevor größere Schäden entstanden.

Hindenburg und Hitler Ehrenbürger in Potsdam

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, die im Freitag nach dem ersten Male nach der Neuwahl tagte, wählte zum Stadtverordnetenvorsteher Reichsaussenminister Stein, Mitglied der D.D.S.D.P. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß einstimmig, als auch mit dem Entschluß der Sozialdemokratischen Partei, die Ehrenbürger und Reichsaussenminister Adolf Hitler zu Ehrenbürgern der Stadt Potsdam zu ernennen. Ferner wurde beschlossen, den Platznamen in Adolf-Hitler-Platz, die Breite Straße in Hindenburgstraße und die Breite Straße in Hindenburg-Brücke umzubenennen.

Stahlhelm-Aufmarsch in Berlin

Zug durchs Brandenburger Tor

Am morgigen Sonntag verparität der Berliner Stahlhelme die Angehörigen der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei und der Feuerwehr, die sich zu ihm gemeldet haben. Um neun Uhr früh marschieren die Beamten durch die Siegesallee und das Brandenburger Tor, unter den Linden, Königstraße zur Polizeikaserne auf die Potsdamer Platz und man brandstiftet Adolf Hitler. Am Ende der Parade werden die Behörden teilnehmen. Danach erfolgt ein Wechselauf zum Stahlhelm-Landesführer.

Gambrinus' Eingug in U.S.A.

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 8. APRIL. Heute begaben die „Rollen“ in ganz U.S.A. ein Freudenfest. Sie haben im Kampf um das Vieh gefehlt und nun hält Obama seinen feierlichen Eingang. Die großen Restaurants und kleinen Bierhöfe sind überfüllt und man brandstiftet das Vieh nicht mehr „hinterum“ zu liefern. Menschenmassen haben sich auf dem Broadway vor den offenen Bierhäusern; die Bierwagen werden jubelnd begrüßt und in wenigen Augenblicken sind die Gassen voll verkehrend. Die Brauereien können mit der richtigen Maßgabe kaum Schritt halten.

Die Wähler wählten dem glorreichen Sieger des Bieres lange Artikel und haben nicht genug, doch das Straßenbild in seiner Weise durch Betrunkenen „verunreinigt“ sei. Man beschließt sogar, daß für das Wohlleben nicht mehr genügend Bier beschafft werden kann.

Zwei Berliner tot aufgefunden

Mord und Selbstmord in Woltersdorf

Auf dem sogenannten Kranzberg in Woltersdorf wurde ein Leichen eines Mannes und eines jungen Mädchens gefunden. Die Leichen wurden in der Nähe des Waldes aufgefunden. Nach den Ermittlungen der Landjäger handelt es sich um einen 41jährigen Buchdrucker A. u. N. aus der Wilmersdorfer Straße in Berlin und um die 19 Jahre alte Angeheißene Annelie K. u. N. aus dem Schwanenpark. Allen beiden ist nach dem Mann ein Gift verabreicht worden und dann sich selbst das Leben genommen.

Die Verstorbenen haben einen Aufgebotsbrief hinterlassen, aus dem hervorgeht, daß das Mädchen die Stiefeltochter des Buchdruckers ist. Die Leichen wurden besichtigt und in die Halle des Woltersdorfer Friedhofes gebracht.

Familientragödie in Rentföln

Heute mittag spielte sich im Hause Bahnhofsstraße 9 in Rentföln ein tragisches Familiendrama ab. Der 32jährige Schlosser Oswald D. u. N. geriet in einer Eifersucht, der 42 Jahre alten Melitta Dummann, in einen Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Dabei ergreift die Frau ein Messer und sticht auf ihren Mann ein. Die Verwundete liegt auf die Straße und brach dort zusammen. Als die Frau sah, was sie angerichtet hatte, brach sie sich selbst mehrere tödliche Stiche bei. Der schwerverletzte Mann wurde vom Lebenshilfsmann ins Krankenhaus gebracht. Nach Aussagen von Hausbewohnern war die Ehe schon lange Zeit durch die Trunksucht der Frau zerfallen.

Flugtag in Staken.

Den Regeln der diesjährigen Flugplatzveranstaltungen in Berlin eröffnet die S.M.-Flieger der Fliegerstaffel 33, die gemeinsam mit dem Verein Nationaler Flieger e. B. am 10. April den Flugtag in Staken. Der Flugtag wird mit einem Großaufbruch eingeleitet. Staffelflieger, ausgeführt von drei zusammengebundenen Flugzeugen, Kuttern, Kunstfliegern, Fallschirmabstiegen, Verführung eines Angriffs der S.M., unterstützt von Flugzeugen, Gesessenen mit eigenen, in den dortigen gebauten Flugzeugen, Ballonmannen und eine Staffel auslösen Käufer, Fliegerführer, Auto und Flugzeug schließen sich an.

Steinwürfe gegen eine Wohnung.

Auf die Wohnung eines Lehrers in Rottinich in Oberdiesfelden wurde ein verbotener Flieger abgeschossen. Der Lehrer, der erster Buchhändler der Zentrumspartei ist, ist schon seit Wochen vertrieben worden. Die Wohnung wurde durch Steinwürfe zerstört. Ein lauffähiger Stein fiel direkt neben dem Kopf eines schlafenden fünfjährigen Sohnes ins Zimmer. Glücklicherweise blieb die Familie unversehrt. Die Täter sind unentdeckt entflohen.

Das Unterhaltungsblatt der
Vossischen Zeitung
am morgigen Sonntag enthält:
Die Geschichte vom Mechanikus... von Erik Roger
Probleme bestimmt sich ungewöhnlich von Harry Schreck
Zwischenfall in der Bahnhofshalle von Hanne Bauer
Salon der Humoristen

Hierzu zwei Beilagen
Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt wöchentlich - Für Rücksendung unverlangt Manuskripte Porto beifügen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Die vier Zeugen

Von EMIL FAKTOR

Gott einer Stunde wie ich, Curt Schöller, auf der Bank des langgestreckten Strändchens und warde geduldig, bis meine Streiffrage an die Reihe kommt. In einer anderen Ecke hockt der Portier Wulffow und frechlich seinen weißen Schürzenbart. So oft ich zu ihm hinübergehe, schaut er weg, sei es aus noch immer schmerzdem Spaß, oder vielleicht gar, weil er ungewohnt die Courage verlorren hat. Das wird sich ja zeigen. Nebenfalls ist er nicht allein wie ich, sondern hat an seiner Seite das Säusmäddchen Dora von der ersten Etage. Unkennbar, Gutmütigstei wie die zufällig beauftragt haben.

Der der Verhandlung habe ich ihren Dienstherren angefragt; er ist Friseurmeister der Bank, die mein befehdendes Guckhaken vermalte. Aber in die Affäre möchte er sich nicht gern einmischen, da er auf ungetriebene Beziehungen mit Herrn Wulffow Bezt legt. Nach seiner Ansicht ist er ein umgänglicher Mann, den ich schwer gereizt haben muß; doch einer Stundenfrist seiner Bank möchte er gefällig sein und er gibt mir den Rat, bei der Zeugenauflage seiner Züge nachzuforschen, ob sie nicht an dem betreffenden Zage Ausgange hatte.

Der Zutrittsaufwächter ruft den letzten Zeugen für die Verhandlung auf, die meine Angelegenheit im Zimmer 271 im Erdgeschoss. Es ist eben ein älterer Mann zu sein. Wie wird er mich erregen? Mein Kläger Wulffow behauptet, ich hätte ihm einen Kimmel gemacht und außerdem drohend die Hand erhoben; nur seiner Verehrtheit, mit der er sich zurüchsig, ist es zu danken, daß Tätlichkeiten vermieden wurden. Ich bin mittelgroß und von vollständiger Konstitution, während Herr Wulffow mit seiner hämmigen Figur über Kräfte verfügt. Außerdem hat er eine Zeugin, die bezeugt den „Kimmel“ gehabt. Wenn mein Kläger mich hat nicht gesehen, dann ist er fähig die Schwärze vor der Haustür von den Spuren des Lichters geräumt hätte.

Herr Wulffow verlangte damals in barockem Ton die Wiederholung der Frage ob er Treppenhörner, was ich verweigerte, unter Hinweis auf erfüllte Pflichten, ihm verweigerte. Erst als er höfliche Zweifel ausdrückte, wurde ich doch, vielleicht fiel das Wort „Kimmel“, so genau kennt man sich nicht. Es sollte mich sehr wundern, falls ich, der feierliche Kurt Schöller, außerdem die Hand ausgebreitet haben sollte. Ich traue mir solche Anwandlungen gar nicht zu. Wenn ich bloß Götzen hätte!

Mein Heber Kurt, über diesen Punkt fälltst du dich nicht beunruhigen. Mit den Zeugen ist das so eine Geschichte, die mein Geburtsjahr verzeichnet außer dem Rufnamen Kurt und einem August, Werner, Dagobert Schöller. Ich stelle mir vor, daß alle drei meine Zeugen wären. Den Namen August erbe ich von meinem Großvater, den ein Trücker war; etwas davon hat er mit bestimmt hinterlassen, und der August Schöller würde ich wahrscheinlich nicht entkommen können, ob ich die Hilfe draußen vor der Tür abgelehrt habe. Mein Name Schöller aber er ganz anders. Werner ließ ein Wohnungsamt der Familie, ein Lebenswärtiger, gutgekaufter Mensch, der nie einen Streit hatte. Bei seiner Sympathie für die unteren Stände hätte er den barocken Ton Herrn Wulffows mit einem Trügelbedeutend. Von Dora Werner habe ich in meinem Blut auch etwas ab bekommen, und dieser dritte Schöller in mir wäre als Zeuge ganz unzuverlässig. „Der gute Kurt“, würde er sagen, „hat einen Mit Genossen, Herr Wulffow hat ihn misshandelt. Mit der ausgebreiteten Hand wollte er Fliesen schlagen.“

Man bleibst mit noch Dagobert, der herrliche, unumstößliche Großvater mittelständischer Art. Um seinen Preis hätte er geduldet, daß ich in den Portier seiner Herrlichkeit unerschrocken nähere. Einen Dagobert Schöller, der mein vierter Zeuge ist, kann ich erst recht nicht brauchen. Wissen Sie, was er ausfragen würde? „Selbstverständlich hat Kurt Schöller Herrn Wulffow einen Kimmel genannt. Ich, Dagobert, wäre noch ganz anders dreingefahren und meine ausgebreitete Hand wäre hinter gemacht.“

Beim Verhör vor dem Richter ließ ich nur Kurt Schöller sprechen. Der Kläger Wulffow hatte seine Angriffe gegen mich mit nachdrücklichem Zorn wegen meiner nicht genügend blauen Zeugen vorgetragen. Die Zeugin Dora wurde vorläufig hinausgeschickt und sollte am dem Fortdauern warten, ob man ihrer bedürftig sei. Bei dem Hinweis auf den Eid, den sie das Gerücht unter Umständen abnehmen wollte, war für etwas bloß geworden.

Vorher ich dazu kam, mir eine halbwegs ausstehende Zahl der Verteilung auszuliegen, distanzierte der Richter bereits eine gegenseitige Ehrenerklärung ins Protokoll. „Der Kläger Wulffow war um die Substanz des Fluges betrogen, und ich, Kurt Schöller, hatte nicht die geringste Absicht, ihn zu täuschen.“ Die Erklärung lag davon ab, ein beliebiges Wort zu wiederholen und auch die am weitesten gehende Wille in dem Text der Verhörsformel völlig unverständlich. Binnen fünf Minuten war die Affäre ausgeklügelt und ich hatte bloß die unerheblichen Kosten des Verfahrens zu zahlen.

Als Kurt Schöller vor ich froh, so billig davongekommen zu sein. Der August Schöller, dieser Trücker, dachte längst an ganz andere Dinge. Der Dagobert Schöller sagte sich enttäuscht für den Rest des Tages von mir los. Aber Werner Schöller, dieser gutartige, heitere Patron, hatte noch etwas

vor. Er sah den modernen Wulffow schwerfällig und verduht über die breiten, imposanten Freitreppen des Kriminalgerichts hinabsteigen. Während sprach ihn Werner an: „Aun, wie ist es, Herr Wulffow? Soll ich Sie im Auto heimfahren?“

Der Hebertröste wollte eigentlich das Angebot ablehnen, aber ihm fiel nicht das richtige Wort ein, und er nickte mit dem Kopfe. Auch die Zeugin Dora hätte ich nicht lange bitten müßten, doch die ließ ich stehen. Eine so schnelle Vernehmung wie ich hätte mit Dagobert nicht zugehen.

Franz Liszt und Bettina von Arnim

Von KATHARINA VON SANDEN

Im März 1842 fuhr Franz Liszt zu Konjerten nach Petersburg. In Tischt verbrachte er mehrere Tage bei meinen Urgroßvater, Geheimrat Hermann Arnim, und konsertierte im „Aufführungs Hof“. Viel von seiner Zeit wahrte er den jungen, schönen Töchtern des Hauses, denen er in seiner bezaubernden Art halbige, kleine Großmutter vermag nie diese frohlockende Zage. In dem Gartenhof über der Remise spielte er unermüdetlich und geriet nur in tönische Verzweiflung, wenn ein Einbruch von Entzückungen drohte, die aber der hitzige Feind meines Urgroßvaters mit einem durch nichts zu erschütternden Blegema von der Schwelme wies. Nichts Abfischabsicht an diesen Fülter seiner Ruhe war so fähig, daß der Braue fall an einer Alkoholfolge zugrunde gegangen wäre, denn als gutem Flauer verwendete sich bei ihm jedeswegs Bargeb sofort in Schenaps.

In den Älteren Zagen erhielt Liszt einen Brief von Bettina von Arnim, der ihn stark bewegte. Mit großen Schritten ging er in dem Saal auf und ab, stand am Fenster, sah über den breiten Strom und die Tiefebene und schwebte. Später las er den Brief den jungen Mädchen vor und ließ ihn meiner Großmutter höchst fähig in die Augen. Das Kaver mit Bettinas Handchrift schickte er ihr. Dem Umfange dieser Abschrift ist die Erhaltung des Briefreites zu danken, denn Bettina hatte wohl recht mit ihrer Voraussage, daß ihre Blätter bei ihm „ein Spiel der Winde“ werden würden.

„Es ist schwer, mit zu schreiben, so oft's auch schwer, von Dir gleten werden. Die Vchtheit haben meine Blätter mit denen der Kumärischen Spille bei Dir, daß sie ein Spiel der Winde werden.“

Ich hätte ohne Ende mit Dir zu reden, aber Dein letter Bericht in dem Namen, den Du mir beilegt, hat mich in Schrecken. Es ist das Tiefste und Ängstige, was auch das Einfachste ist. Dies allein kann den Freunde etwas gelten. Ich möchte Dir mit keinem prophetischen, unnützen Wort entgegenreten.

Was es auch sei, was mich in Dir berührt, es weert einen Treib, etwas Besseres aus mir zu machen, eine Begriffe der Antriebung wie ein erster Lebensakt. Und doch, wie das Kind vom Schif fallen wird, während es Wahrung laugt, so geht mir's; ich muß gleich träumen, wenn ich an Dich denken will.

Du bist ein Organ der Zeit; ich weiß auch wie, und warum, aber ich bin mit im Werden in Dir begriffen, und muß mich leiden verhalten.

Wie Regung ist ein Beginn. Wer kann ihr unüberwiesenen Winken vorher abnehmen? Wer kann abwasen, was die Begreifung fortbewegt? Äußerer Fein — was ist's wenn nicht, daß er nicht in ich reißt?

Welche Felsen blühen auf Deinem Wege? Die Jugend!

Wie ist ihr freierher Geist ungenut! Es ist keine Hebe, dem Licht und Wärme zu öffnen! Alles ist darauf angelegt, die Geistesfreiheit zu erkühen, die ein Keim des Werdens ist. Und alle müssen diese Felsen des Unverstandes und hochmüthige Trägheit schleppen. Du tannst es nicht vertragen, im Gefühl Deine Selbstheit angeleitet zu haben, was wollen es uns nicht zu Schützen kommen will, daß es nicht an entsetzlichen Duden und Anzeichen, wie die Selbstheit der Zagen von den Phylitern mit Füßen getreten werde. Begreifung ist nicht, wenn sie nicht des Palladium der Menschheit verteidigt, wenn sie nicht zu der christlichen Gesundheitsquelle für alle wird, denen sie fröhlich.

Rundfunk: „Es lebe die Neuerscheinung“

In einem Zwiesgespräch erzwang Autor und Buchhändler die Gründe für den tragischen Uebelstände unserer Kultur: Die Anzuebigkeit des Buches. Der trägt die Schuld, daß nach längstens einem halben Jahre schon das Interesse für ein Buch, Produkt meist hochgelungen intensiver Schaffens, erloscht und immer wieder Neues verlangt wird? Martin Weichheim war gar ab verteidigte den Dichter gegen den möglichen Vorwurf der zu großen Produktivität. Er muß schreiben — verziehe du dem Gedankenraum zu spinnend. Der Buchhändler hat seine Schuld, er verkauft, was man ihm gibt und was verlangt wird, erklärte Dora Weichheim. Aber die Kritiker sind die Schuldlosen. Sie beschließen sich nur mit Anzuebigkeit an, die nicht abnehmen. Ist es nicht der Sinn der Presse, aktual zu sein? Und so sehr es Aufgabe der Kritik ist, auf blühende Werke immer wieder hinzuweisen, muß doch die Ausbeipredung in erster Linie zur Neuerungseinnahme Stellung nehmen. Es ist das Recht aller Schöpfenden, beachtet zu werden. Mit der Aufwertung dieser Schuldfrage ist jedenfalls ein sehr schwieriger Problem und eine sehr ernste und traurige Aufgabe angeleitet.

Du hast nicht für dich zu sorgen, Du hast keine Gut in Anspruch zu nehmen, seine Hoffnung der Zukunft. Was wollest Du auch für dich? Wie Andere leufen, haben Trübungen, Bedürfnisse, nennenden die Zeit in vergeblichen Blüten um die Güter der Zeit. Sind es Güter? Nein! Es sind nur Kerker und Fesseln; aber Du, der das Haupt untertaucht in den Wellen der Harmonie, wie künnele Du nach Anderem dich fesseln, nach was ich, die eines Paters Tochter ist, der Himmel und Erde geschnitten hat — nach der Natur! Du mußt ihn fühlen, den Welt der Welt, er muß aus Dir herauströmen, sie müssen ihm durch dich verkehren lernen, die jungen Adler, Du mußt sie herauslocken aus ihrem Nest und ihnen den Weg zur Sonne weisen.

Du weißt es wohl, nur allen, die dich feierten, waren Wenige, die dich verstanden haben. Die Jugend aber hat den heiligen Willen von Deinem Genius wohl geahnt. Die Luft, dich zu tönen, hast Du Deiner musikalischen Geisteskraft zu danken, sie trüht nicht durch die Finger, sie bildet Dein ganzes Sein. Dein Genius hat es in der Bewald, einen Genius in der Jugend zu erwecken. Es war das erste Schicksal, was Dir im letzten Sturz der Stübchen entgegenströmte, sie miderhalten die Melodie Deines Wesens in ihrer Brust und das war guttlich!

Acht! ich gähne Dir die Allmacht ungeheurer Begreifung; sie weilt nicht auf der Oberfläche, sie geht durch Tiefen und Höhen. O! Reineige Du von allem Zenten, was Menschen Dir zuthellen können als Grenzen —

In Deinem Bauen allein ist die Geistesheit der Schönheit, die dich herausföhrt, wo Deine Seele den Tpau trüht — ich bin dir, dir, ich liebe dich. Die Tage haben nicht wie mit furchtbarem Regen überfließen, es quillt und berstet jeder verborgene Keim eines höheren Willens in mir — das habe ich den lauschen zu danken Deiner Musik! Du hast je hundertmal gepielet vieldeutig, Du warst müde, aber die Bewald des östlichen ist ihr eingedoren. Ach! die ausgegorenen Phäler, sie begrünen sich wieder mit Jugendbegreifung — frei dich nicht fordern nicht mehr um Schicksal als daß Du die Hexennell, was Zauberland, vor der Jugend wieder aufsteigst.

Und verleihe mich doch willig, verleihe dich nicht nur mir, die Dir gern die fruchtbarere Erde anhäuft um die jungen Sprossen des Verberers.“

Liszt ürgert sich

Von der ersten Politation auf russischen Boden aus beantwortete Liszt Bettinas Brief und sandte die Antwort mit anderen Briefschaften zur Übersetzung an meinen Urgroßvater. Bei dieser Gelegenheit berichtigte er ihm in einem untenfummelten Brief seine ersten Uebelstände auf russischen Boden. Dieser Brief ist in meinem Besitz (das Original, in französischer Sprache).

„Sie sind so gültig und freundlich zu mir gewesen, meine liebe Mr. Arnim, daß Sie mir verzeihen müssen, wenn mich das über der Aufdringlichkeit ergriff — j o r e t t l! Begleichnisse ist ein Brief an Frau von Arnim und ein anderer an Madame Wulffow. ... Wären Sie so gültig sein und sie denfelben zu kommen lassen?“

Bei meinem ersten Schritt nach Stufand hinein finde ich mich aufgehalten von einem dummen Schürten von Hofschreiber, der unter dem Bormand, daß die Dilligene heute morgen abgehen sei, mir Pferde verweigert —

Ich habe ihm erklärt, daß ich, wenn nötig, sechs Tage warten würde, daß ich ihm aber einen gefälligen Kufe aus St. Petersburg verleihe — ein Verprechen, was ich mit einer ziemlich energischen Rantome begleitet habe demütigen eines Tellers mit Käse, den ich an seiner Aste gesendet habe — und daß ich ihm liebreich helfen werde.

Tausend ehrerbietige Komplimente an Madame Stern und an Ihre reigenden Töchter und tausend Dank nochmals für Ihre gültige Götterfreundlichkeit.

Ganz der Ihre

F. Liszt

Da die Hofpferde (o Stambal) immer noch nicht kommen, füge ich noch zwei Briefe bei, für die gültigste Sorge zu tragen ich Sie ebenfalls bitten möchte.“

Wißte Frau Isoberte schnell empord und vernachlässigt schnell. Der Ambrosio Frisono do Hofschreiber hat kaum viel von zu befürchten gehabt. Eine Verführung des neuen Zeugnisses nach russischer Art wäre auch, wenn einmal seine Frau verdrückt war, niemand mehr zu bezagen gegangen aus Liszt, und keinesfalls hätte er gerührt, bis er in seiner großzügigen Art sein Unrecht an ihm wieder gutgemacht hätte. Das bedeutete meine Großmutter, auf deren Zungumhängenherz der gute und große Franz Liszt einen noch tieferen Eindruck gemacht hatte als der gelehrte Rünftler.

BEI Verkauf abgeschlossen

Sächsische Werke übernehmen Aktienmehrheit - AEG entlastet sich

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

DRESDEN, 8. APRIL

Die Verhandlungen wegen des Verkaufs der Aktienmehrheit der Bank Elekrischer Werke (A.E.W.) aus dem Besitz der AEG, an die staats-eigene A.G. Sächsische Werke (A.S.W.), über die wir mehrfach berichtet haben, sind nunmehr zum Abschluß gelangt.

Der Reichskommissar für das Finanzministerium Dr. Kluge hat eine Presseerklärung ab, an die Öffentlichkeit über die Ausdehnung und die Pläne der A.G. Sächsische Werke, die bekanntlich für die sächsische Stromversorgung ausschlaggebend ist, zu unterrichten. Generaldirektor Hillje von der A.S.W. führte u. a. aus:

In Industrielandern wie Sachsen ist besonders wichtig, daß die Industrie durch die Elektrizitätsversorgung von den Lasten der eigenen Krafterzeugung befreit wird und ihnen Licht- und Kraftbedarf mit Vorteil aus den öffentlichen Elektrizitätswerken beschaffen werden kann. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist in den letzten Jahren die Elektrizitäts-erzeugung weitgehend zusammengefaßt und auf die günstigsten Energiequellen abgestellt worden, und zwar in Sachsen auf die großen sächsischen Braunkohlelagerstätten in Oberlausitz und bei Leipzig. Bei diesen Vorkommen sind von der Trägerin der sächsischen Landesversorgung, der A. S. W., die Großkraftwerke erschaffen und betriebs-orientiert worden, aus denen bereits etwa 3/4 des gesamten sächsischen Elektrizitätsbedarfs gedeckt worden.

Somit beginnt der so zusammengefaßte Elektrizitäts-Erzeugung ist in Sachsen seit 1918 der Landesbedarf auf etwa das Fünffache gestiegen. Er wird zu 70 pCt. aus den Großkraftwerken bedient, nur in einigen größeren Städten sind eigene Kraftwerke in Betrieb.

Dem Ziele der Zusammenfassung der Elektrizitätsversorgung vom Erzeuger bis zum Verbraucher dient auch die Übernahme der Aktien der Bank Elekrischer Werke durch die A.S.W. Die Bank besitzt die Aktien der Elektrizitätswerke der Aktien der Elektrizitätslieferungsgesellschaft in Berlin. Diese besitzt wiederum die Hälfte der Aktien der Sächsischen Elektrizitätslieferungsgesellschaft. Die andere Hälfte dieser Aktien ist bereits vor Jahren von dem Tochterunternehmen der A.S.W., der Elektra A.G., erworben worden.

Das weitere besitzen die B. E. W. und E. L. G. maßgeblich die Aufsicht über die Elektrizitätslieferungs-Unternehmungen. Von diesen ist die Beteiligung an der Thüringischen Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft deshalb für die A. S. W. von besonderer Bedeutung, weil der über-

wiegende Strombedarf in Thüringen aus dem Großkraftwerk Böhlen bedient wird und die A.S.W. zusammen mit der Thüringischen Elektrizitäts-A.G. an mehreren thüringischen Elektrizitätsunternehmungen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Im Einvernehmen mit der Thüringischen Landesregierung sollen die thüringischen Unternehmungen zusammengefaßt und so auch in Thüringen der Weg von der Erzeugung zum Verbraucher verkürzt werden. Die A.S.W. hat bekanntlich vor kurzem über die Elektra-A.G. zusammen mit der Preußischen Elektrizitäts AG. auch die Mehrheit an der Thüringischen Elektrizitäts-A.G. erwirbt.

Diese Gesellschaft betreibt neben verschiedenen Gaswerken an mehreren Orten Deutschlands auch Elektrizitätswerke und ist an solchen auch beteiligt. Mit Übernahme der B. E. W. Aktien durch die A. S. W. wird nunmehr eine Zusammenarbeit dieser Gesellschaft dieser Gesellschaft wesentlich erleichtert. Die Neuordnung soll in Gemeinschaftarbeit mit den Elektrizitäts-Unternehmen des Reiches der Länder, Provinzen und Kommunalverbänden durchgeführt werden.

Die ELG. besitzt auch Beteiligungen an außerdeutschen Versorgungsunternehmen. Diese sind für die deutschen Wirtschaftsverbindungen nach dem Auslande wichtig und werden zu gegebener Zeit deshalb zur Verfügung kommen können.

Die Durchführung des Geschäfts entspricht durchaus den Absichten und Plänen der Reichsregierung, die deshalb auch von ihrer Seite an dem Geschäft zugestimmt hat. Der Kaufpreis des B. E. W.-Pakets zuzüglich eines größeren Barbeitrags, insgesamt rund 28 Mill. M., wird der A.S.W. durch die National City Co., die sowohl der A.S.W. wie der A.E.G. Anleihen vermittelt hat, in Form einer zehnjährigen 5proz. Anleihe mit entsprechenden Tilgungsbeträgen, zur Verfügung gestellt.

Eine neue deutsche Auslandsverschuldung tritt dadurch nicht ein, da die Forderungen, die die National City Co. an die A.E.G. hatte, auf die A.S.W. übertragen werden. Das Reichswirtschaftsministerium hat im Zusammenhange mit dem Kauf der Reichsbank seine Zustimmung erteilt.

Der A.S.W. ist es im Geschäftsjahre 1932 möglich gewesen, im Ausmaße von etwa 75 pCt. Dollar Bonds ihrer ausländischen Anleihe zurückzuzahlen, wobei ihr nicht unbedeutende Sondergewinne zugeflossen sind, die in der Bilanz von 1932 zum Ausdruck kommen werden. Eine erhöhte Verschuldung der A.S.W. gegenüber dem Auslande, wie über 1931 tritt also nicht ein. Die der A.S.W. zuzufliessenden Barmittel stehen zur Verfügung, um Gemeindebetriebe der A.S.W. anzugliedern.

Umbau im Bankierverband

Die heutige Ausschusssitzung des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wurde von dem Vorsitzenden des Vorstandes Dr. Georg Solmsen, mit folgender Erklärung eingeleitet:

„Das Bankgewerbe kann und darf nicht tatlos den Umwälzungen gegenüberstehen, welche sich in Deutschland vollziehen sehen. Es heißt nicht, daß die Wirtschaft nur eine Verfügung in dem Willen, den nationalen Wiederaufbau unseres Vaterlandes mit allen Kräften zu fördern und mitzuwirken an der Wiederherstellung eines im Chor der Völker gleichberechtigten starken und freien Deutschlands.“

Nachdem der Vorstand des schied der Vorsitzende sodann vor, im Hinblick auf die Neuordnung der sächsischen Lage, der Mitgliederversammlung in dem obersten Verbandsgremium bezüglich der Zusammensetzung der leitenden Gremien des Verbandes volle Handlungsfreiheit einzuräumen. Es wurde in diesem Sinne beschlossen, zum 2. Mai d. J., nachmittags 4 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes zur Herbeiführung einer Neuwahl des Ausschusses und des Vorstandes einzuberufen.

Dementsprechend stellen die gegenwärtigen Vorstands- und Ausschussmitglieder dieser ihre Ämter zur Verfügung. Dr. Otto Christian Fischer, der als Mitglied des Ausschusses der Reichs-Kredit- und Bankierverbandes dem Ausschuss zugewählt und in den Vorstand des Zentralverbandes berufen worden ist, wird diesen bis zur G. V., insbesondere auch in den für ihre Vorbereitung notwendigen Verhandlungen vertreten.

Neue Silber- und Nickelmünzen erst im Sommer. Wie der D.H.D. erfährt, ist mit dem Ausgange der neuen Silbermünzen die Ausgabe von Silbermünzen im Sommer 1933 zu rechnen. Die im Umlauf befindlichen 15 Milliarden Silbermünzen werden allmählich eingezogen und in ungeprägter Silbermünzen wird es dann nur noch 5 Milliarden sein. Die 1-Mark-Stücke nicht mehr ausgeprägt und die 1-Mark-Stücke in Nickel herausgebracht werden. Wie sich im einzelnen das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Scheidungen und den Münzen wie es nicht bekannt; es wird je nach Bedarf festgesetzt werden. Man rechnet jedenfalls damit, daß sich nach wie vor die Gesamtheit dieser Scheidungen auf 15 Milliarden RM stellen wird.

Honorierung des Reichsbank-Coupons. Die Auszahlung der für das Geschäftsjahr 1932 zu 12 pCt. festgestellten Dividende der Reichsbank wird erfolgt mit dem Ende April mit 100 RM und mit 120 RM für jedes zusammengefaßte Aktienanteil zu 100 Reichsmark gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 8 von Sonabank und bei der Reichsbank. Die Reichsbank hat die Reichsbankstellen und Reichsbankstellen sowie bei sämtlichen Reichsbankstellen mit Kasenscheinung. Von den auszahlenden Beträgen wird die Kasenscheinung zur Verfügung gestellt, es sei denn, daß sich die zu den Dividendenscheinen gehörenden Anteilscheine in Eigentümern an Ausländern ohne Wohnsitz im Deutschen Reich befinden.

Neuer Aufsichtsrat Wilhelmsburger Wölle. Die Mitte 1932 gemeinsam von der Wollwäscherei und der Leipziger Wölle erworbenen Wilhelmsburger Wollwäscherei hat ein neues Geschäftsjahr unter der Gesamtwirtschaftsverwaltung nach Ab-

schreibungen von 30 000 RM mit einem Verlust von 5000 RM ab (Aktienkapital 2 Mill. RM, davon 370 000 RM noch nicht einbezahlt). Die Wollwäscherei der Gesellschaft besteht, laut Dr. Otto Christian Fischer, aus dem Aufsichtsrat, dem Vorstand, dem Aufsichtsrat der Vossischen Zeitung, aus Hannover, jetzt aus Generaldirektor Richard Jung, Bismarck-Unterweser, Direktor Walter Jung, Bismarck-Unterweser, Direktor Hans Heinze, Hannover, Generaldirektor Ernst Bräuer, Leipzig, Direktor Hermann Rauch, Leipzig, und Direktor Dipl.-Ing. Werner Söding, Großdeuben bei Leipzig.

Die Wollwarenfabrik „Mercur“ (Kapital 1 778 Mill. M.) die bereits im Vorjahr über Exportaufträge zu klagen hatte, weist in ihrem Bericht für 1932 auf die weiteren Erschwerungen des Exportgeschäftes hin. Es gelang zwar, an einzelnen Stellen abzusetzen, was hätte, wenn nicht aber den allgemeinen Verlust im Exportgeschäft auch nicht entfernt wettmachen. Am Ausbau des Inlandgeschäftes hat die Verwaltung nicht ohne Erfolg weitergearbeitet. Die ersten Preise werden allerdings infolge der ungesunden Konkurrenzverhältnisse in je jeder Hinsicht unbefriedigend bezeichnet. Die Rohmaterialnotierungen sind im vergangenen Geschäftsjahr, abgesehen von kleinen Schwankungen, konstant geblieben. Dagegen waren gewisse, wenn auch im ganzen bescheidene Verluste als Folge der rasch wechselnden Mode nicht zu vermeiden.

Für 1933 erbleibt bei der Anwendung neuer Buchungs-Methoden mit dem Vorjahre nicht vergleichbar Brutto-Ertrag von 1 88 Mill. RM ein Reingewinn von knapp 6250 M. Der Aufsichtsrat hat die Dividenden- und Zinsausgaben sowie ein einschließliches Vortrags mit 62 000 M. auf dem neuen Rechnung gebracht werden. Die Bilanz ist weiterhin außerordentlich liquide. Die Kreditoren betragen nur noch 55 000 M. nachdem im Vorjahre nach den Berechnungen (jetzt knapp 46 000 M.) und Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen (jetzt etwas über 63 000 M.) darin enthalten sind. Der Passivposten des neuen Kapital von 30 000 M. gegenüber betragen alle die Bankguthaben 0,67 (0,64 Millionen RM). Wertpapiere werden mit 0,23 (0,23) und Wechsel mit 0,2 (0,18) Mill. RM bewertet, während Forderungen mit 0,48 (0,71) und Wechsel mit 0,1 (0,05) Mill. RM erscheinen.

Der Umbau bei der Ostdeutschen Textilindustrie. Die Ostdeutsche Textilindustrie hat im vergangenen Geschäftsjahr die geplanten umfassenden Reorganisationsmaßnahmen nunmehr, wie wir hören, verwirklicht worden. Am 1. April ist eine neue Gesellschaft, die Rammstein-Maschinen- und Fabrik G. m. b. H. mit einem Kapital von 30 000 Reichsmark gegründet worden. Die neue Gesellschaft hat sämtliche Werke der Ostdeutschen Textilindustrie A.G. die in Rammstein, Ostpreußen, übernommen worden. Die Warenverträge, alle Warenforderungen und Warenverbindlichkeiten. Alle Lieferungen und Abnahmeverträge sind gleichfalls auf die neue Gesellschaft übernommen worden. Die Rammstein-Maschinen- und Fabrik G. m. b. H. hat im Normalbetrieb 1500 Wagen monatlich gefertigt, wird zur

Erhebliche Besserung bei den Adlerwerken. Nach einer Mitteilung der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.G. Frankfurt a. M., ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Vorjahre um 12,5 pCt. gestiegen. Die Gewerkschaften sind im Normalbetrieb 1500 Wagen monatlich gefertigt, wird zur

Gesunde Feuerversicherung

Berlinische Feuer 15 nach 10 pCt.

In ihrem 120. Geschäftsjahr 1932 hat die Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt sich gut gehalten, daß es aus einem Reingewinn von 6 005 (3 388) Mill. RM eine Dividende von 15 (10) pCt. zu verteilen vermog und 0,22 (0,16) Mill. vorzutragen kann. Mit Recht sagt der Bericht, daß dieses Ergebnis im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse besonders befriedigend darf.

Zwar unterlag das Unternehmen auf allen Gebieten (Feuer, Einbruchdiebstahl, Glas, Haftpflicht, Unfall, Auto) den bekannten Erscheinungen der Schrumpfung der Versicherungen, die die Prämienentnahme von 8 21 auf 7 255 Mill. Brutto und von 5,13 auf 4,72 Mill. Netto sinken ließ. Aber da der Schadenverlauf im ganzen normal war und die Kosten der Prämienabnahme angepaßt werden konnten (obwohl die Soziallasten für die Prämienabnahme nicht abnehmen ließen). Alle Sparten ergaben Überschüsse.

Die Gesamteinnahmen setzen sich im wesentlichen zusammen aus den Überträgen des Vorjahres mit 4 209 (3 372) Mill., Prämienentnahmen mit 7 255 (6 321) Mill., Kapitalerträgen mit 0,227 (0,556) Mill., auf Verkauf von Wertpapieren mit 0,19 (0,035) Mill. und Vergütungen der Rückversicherer mit 0,65 (0,64) Mill. Die Gesamteinnahmen betragen somit 12 256 (10 923) Mill., Rückversicherungsprämien 2,53 (3,08) Mill., Verwaltungskosten 2,17 (2,39), Steuern 0,65 (1 v. anders berechnet 0,24) Mill., Zinsen 0,22 (0,22) Mill., Hypothekenzinsen, Inventar, sonstige Aktiven (I. v. 0,147 Millionen) auf Beteiligungen (100 000), Forderungen, sonstige Guthaben 2 040 (1 900) Mill., Rückstellungen 1 000, Hypothekenaufweise 0,16 Mill., Organisation, 100 000 RM, Kursverluste 27, 27 000 (I. v. 0,77 Mill.), Prämienüberträge 3,59 (2,75) Mill.

Der erwähnte Bericht zeigt Zeichen besonderer Vorsorge und auch Zuversicht -, daß die Dekretforderungsbilanz wegen der dauernd schwierigen Wirtschaftslage erneut bekräftigt wurde und eine neue Organisationsrücklage gebildet wurde, die wiederum die Fortentwicklung der Organisation weiter auszubauen. Das dürfte in Zusammenhang stehen mit dem Hinweis auf die gesunde Finanzlage, die für die Rückstellungen der Hypothekbestände eine Rücklage zu bilden, die im wesentlichen durch die Wirkungen der Osthilfe bedingt sind. Rückständige Hypothekenzinsen sind mit rd. 42 000 RM abgeschrieben worden. Außenstände bei Agenten sind mit rd. 10 000 RM abgeschrieben worden. In 1930 in 1932 zu 1930 hingewiesen: 4,6 Mill. in 1924, 8,6 Mill. in 1930.

Zum ersten Male sei, so sagt der Bericht, in der 120jährigen Geschichte des Unternehmens die Notwendigkeit eingetreten, für beherrschte Verluste in Hypothekbeständen eine Rücklage zu bilden, die im wesentlichen durch die Wirkungen der Osthilfe bedingt sind. Rückständige Hypothekenzinsen sind mit rd. 42 000 RM abgeschrieben worden. Außenstände bei Agenten sind mit rd. 10 000 RM abgeschrieben worden. In 1930 in 1932 zu 1930 hingewiesen: 4,6 Mill. in 1924, 8,6 Mill. in 1930.

Die Kapitalanlagen und flüssige Mittel zeigten 2,54 Mill. (2,54) Mill. in 1932, 0,10 Mill. in 1931. Die Kapitalanlagen umfassen: Wertpapiere (Bilanzwerte) 1,43 (1,22) Mill., Beteiligungen (0,9) Mill., Kasse Bank 1,14 (0,97) Mill., in 1931 1,82 (1,57) Mill.

Aus der Bilanz (in Mill. RM): Kapital 5,25 (ausstehend 3,375), offene Rücklagen 1,61 (1,3), Prämienüberträge 2,59 (2,73), Schadenreserven 1,44 (1,32), Guthaben anderer Versicherungen 5,68 (4,83), Guthaben 2,54 (2,58), Gesamtbilanzsumme 12,56 (10 923) Mill. RM.

Schlesische Feuer wieder 8 pCt.

Der G. V. der Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft, Breslau, wird vorgeschlagen, aus einem Gewinn von 0,63 (1 v. 0,258) Mill. RM nach Stellung einer Reserve für das Auftragsgeschäft von 30 000 RM und nach Erhebung der Spezialreserven von 330 000 RM eine Dividende von 8 pCt. wie im Vorjahre zu verteilen. Der Geschäftsvorfall war in allen Versicherungszweigen befriedigend. Der Schadenverlauf war im allgemeinen normalen Grades. Die Gesellschaft hat in allen Geschäftszweigen (einseh. Transport) Prämienüberträge in Höhe von 2 500 (2 500) Mill. RM erhalten. Die Prämienüberträge für noch nicht bezahlte Schäden reserviert worden. Wertpapiere und Beteiligungen sind nicht als Danoranlagen behandelt, sondern mindestens auf den Börsenkurs abgeschrieben worden.

Berger Tiefbau wieder 12 pCt. In der Sitzung des Aufsichtsrates der Berliner Tiefbau-Gesellschaft wurden die Bilanz und Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von wieder 12 pCt. in Vorschlag zu bringen.

Gegen Rückwältigung von Warenhausteuern. Die Reichsbank hat die Rückwältigung von Warenhausteuern, die im Falle der Einführung von Warenhaus- und Einfallsteuern deren Rückwältigung auf den Lieferanten gesetzlich zu verbieten wird.

90 Milliarden Staatsschulden in USA. Die Staatsschulden Amerikas betrauen sich Ende März auf 21 326 Mill. Dollar, d. h. auf rund 895 Milliarden RM. Um die Bedeutung dieser Zahl voll erfassen zu können, muß man sich ihre Entwicklung vergegenwärtigen. Mitte 1916 betragen die Schulden 13 Milliarden Dollar, nach Abschluß des Weltkrieges 25 Milliarden Dollar (Ende August 1919) angewachsen. Noch im gleichen Jahre wurde ihr Abbau energisch in Angriff genommen. Die Schuldentilgung konnte durch die hohe Zinsfuß im Jahre 1920 (Ende August 1920) Tempo, so doch ohne Unterbrechung bis Ende 1930 fortgesetzt werden. Zu diesem Zeitpunkt waren die Staatsschulden des Landes mit 10 626 Milliarden (Ende August 1929) größtenteils eingelöst. Danach trat ein grundlegendes Kurswettbewerb ein. Die Staatsschulden stiegen im Jahre 1931 von 16 026 auf 17 825 Mill. Dollar und schwellen immer mehr an. Die Gründe dafür sind vornehmlich in progressivem Tempo an.

